



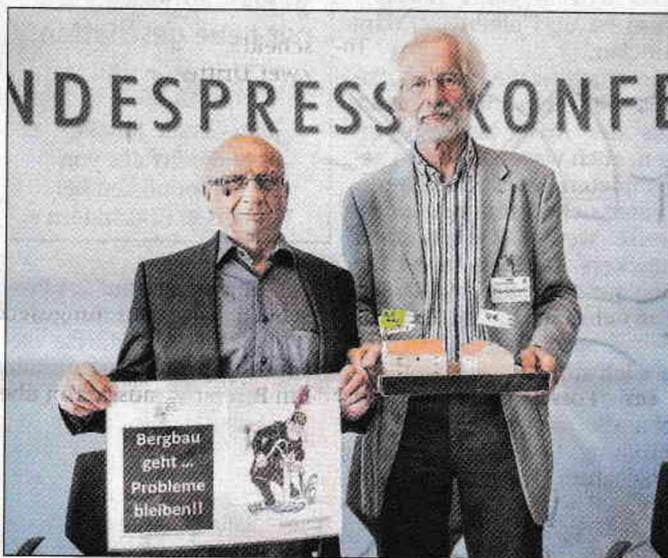
Das Bergwerk Prosper Haniel ist das letzte aktive Steinkohlebergwerk im Ruhrgebiet. Der Landesverband der Bergbaubetroffenen äußerte sich jetzt zu den möglichen Folgen des Steinkohlebergbaus nach der Zechenschließung. ■ Foto: dpa

# Schicht im Schacht

*Westfälischer  
Anzeiger  
12.09.2018*

## Bergbau-Betroffene fordern Absicherung und warnen vor Folgeschäden

**DÜSSELDORF** ■ Der Steinkohlenbergbau ist ab Ende des Jahres in Deutschland Geschichte. Hausbesitzer in den Revieren aber kämpfen weiter mit Schäden an Gebäuden. Sie wenden sich gegen eine romantische Verklärung des Bergbaus im Ruhrgebiet.



**Protest-Bewegung:** Die Vorstandssprecher des Landesverbands der Bergbaubetroffenen, Klaus Wagner (links) und Ulrich Behrens, halten bei einer Pressekonferenz zu den Folgen des Steinkohlebergbaus ein Plakat und ein Modell eines durch Bergbau entwerteten Wohnhauses in den Händen. ■ Foto: dpa

Wenige Monate vor der Schließung der letzten beiden Steinkohlezechen in Deutschland fordern die Betroffenen von Bergschäden eine umfassende Absicherung gegen künftige Umwelt- und Gebäudeschäden. Seit den 1950er Jahren seien nach Schätzungen rund 300 Milliarden Euro an Subventionen in den Bergbau geflossen, kritisierte der nordrhein-westfälische Landesverband Bergbau-Betroffener (LVBB). Während die Bergleute sozial abgesichert würden, leide die Bevölkerung in den Regionen unter den Folgen für die Umwelt.

Heute wollen NRW und das Saarland in einem gemeinsamen Festakt im Düsseldorfer Landtag das Ende des Steinkohlebergbaus würdigen. Im Mittelpunkt sollen dabei die Verdienste des Bergbaus, die Verabschiedung der Kumpel und die Zukunft der Regionen stehen.

„Vielleicht werden wir alle mit weißen Taschentüchern zum Tränen Abwischen versorgt“, sagte LVBB-Geschäftsführer Ulrich Behrens. „Der Bergbau war nicht nur das Schöne, was man sich romantisch mit Grubenlampe vorstellt.“ Der LVBB will bei dem Festakt den Ministerpräsidenten von NRW und dem Saarland, Armin Laschet und Tobias Hans (beide CDU), ein Memorandum mit Forderungen übergeben.

Die Bergbau-Betroffenen

fordern unter anderem einen Stopp des kontrollierten Grubenwasseranstiegs bis zu einer verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung. Nachdem durch die Kohleförderung die Erdoberfläche an vielen Stellen inzwischen tie-

fer liege – manchmal bis zu 20 Meter –, seien durch den Anstieg des Grubenwassers künftig Bodenhebungen um zwei bis fünf Prozent zu befürchten. Dadurch könnten Schäden in zweistelliger Millionenhöhe an Gebäuden und Straßen verursacht werden, so der LVBB.

Der Kohlekonzern RAG rechnet dagegen laut Gutachten nur mit geringen Schäden durch Hebungen. Die Rückstellungen der RAG, die auch nach dem Ende der Förderung für die Regulierung von Bergschäden zuständig ist, müssen aus Sicht der Betroffenen dennoch von Wirtschaftsprüfern untersucht werden, um Schadenersatzansprüche langfristig absichern zu können. Der LVBB fordert auch einen Sitz im Kuratorium der RAG-Stiftung. Pro Jahr werden nach RAG-Angaben rund 25500 Schadensfälle gemeldet. Die aller-

meisten würden einvernehmlich geregelt.

Der LVBB befürchtet zudem, dass durch den Anstieg des Grubenwassers in den stillgelegten Zechen Grundwasser verschmutzt werden könnte. Die RAG hat dem stets widersprochen. Sie stehe dafür gerade, dass sich das Grubenwasser nicht mit dem darüber liegenden Grundwasser mische. Die Bergbau-Betroffenen warnen auch vor Erdschütterungen durch den Grubenwasseranstieg. Sie verlangen ein engmaschiges Messnetz und neue Seismographen.

Daneben gibt es die Folgen des sogenannten Altbergbaus. Laut einem Bericht der Landesregierung ist bei mehr als 1000 Bergbauschächten in NRW mit sogenannten Tagesbrüchen etwa durch den Einsturz alter, nicht verfüllter Stollen zu rechnen. Durchschnittlich werden der Bezirksregierung Arnsberg als oberster Landesbergbehörde jährlich 120 Tagesbrüche als Gefahrenstellen gemeldet. Das Land sei derzeit für maximal 2569 verlassene Schächte des Steinkohlebergbaus zuständig.

Der LVBB ist ein Dachverband vieler Bürgerinitiativen. Er vertritt die Interessen von rund 5000 Menschen, die vom Steinkohle-, Braunkohle- und Salzbergbau betroffen sind. Die Bergbau-Kritiker haben ihre eigene Sicht auf den Steinkohlebergbau: Die Branche habe seit 1958 keine Gewinne mehr erwirtschaftet. Schon in den 60er Jahren seien Zechen aufgrund mangelnder Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt stillgelegt worden. Dennoch habe die Politik immer ihre schützende Hand über den Bergbau gelegt. ■ Inw

ZITAT

”

**Der Bergbau war nicht nur das Schöne, was man sich romantisch mit Grubenlampe vorstellt.**

“

Ulrich Behrens, Geschäftsführer des nordrhein-westfälischen Landesverbands Bergbau-Betroffener